

Bonn, 14.03.2018

Frage 1: Welche Hindernisse gibt es bei der Schaffung von guten gesundheitsförderlichen Maßnahmen und Verhältnissen in Lebenswelten?

Ergebnisse:

- Separate Töpfe
- Eingrenzung auf gesetzliche Pflichtaufgaben
- Fehlende Kooperationsverträge
- Wie findet man die richtigen Kooperationspartner?
- Bedarfsermittlung (aufwendig)
- Fehlende Motivation
- Überlastung/ Überforderung durch Basispflichten
- Gemeinsame Sprache
- Projektkonkurrenz
- Arbeitskapazität/Zeitmangel
- Zugänge schaffen – wie erreichen wir die Zielgruppe?
- Eitelkeiten und Konkurrenzen untereinander (z.B. Verwaltungseinheiten)
- Finanzierung

Frage 2: Welche Chancen für Gesundheitsförderung in Lebenswelten ergeben sich durch das Präventionsgesetz?

Ergebnisse:

- Fachbereichs- und berufsübergreifende Zusammenarbeit → Bereicherung durch andere Sichtweisen (z.B. Jugendamt und Gesundheitsamt)
- Entwicklung von Zugängen zu schwer erreichbaren Gruppen
- Bedarfsgerechte Projekte/Angebote
- Chance für kreisangehörige Kommunen
- Entwicklung einer gemeinsamen Haltung für Gesundheitsförderung → Nachhaltigkeit
- Entwicklung integrierter Strategien
- Partizipation (z.B. Bürgersprechstunden)
- Bereitstellung finanzieller Ressourcen
- Anschubfinanzierung (z.B. zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen)
- Kassenübergreifende Förderung
- Transparenz
- Vulnerable Gruppen werden endstigmatisiert durch Setting-Ansatz

Frage 3: Was verstehen Sie unter integrierter Strategie zur kommunalen Gesundheitsförderung?

Ergebnisse:

- Handlungsmöglichkeiten von GKV und Politik zusammenführen
- Planungsämter der Kommunen mit einbinden

- KGK zur bereichsübergreifenden Vernetzung nutzen
- Setting-Ansatz erweitern
- Aufbrechen der „Säulenstruktur“ der Verwaltung
- Kommunenübergreifend vernetzen/zusammenarbeiten
- ÖGD: Zuständigkeit und Angebotsstruktur
- Idee: kommunale Stabsstelle zu verwandten Themen wie Gesundheit, Soziales, Klima und Umwelt
- Integrierte GBE- und Sozialplanung als Impulsgeber
- Erweiterung des Setting-Ansatzes